

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 99359 90
Fax 0711 99359 99
E-Mail: gar@gar-bw.de



September 2004

Liebe GAR-Mitglieder,
die GAR wünscht allen Gewählten einen guten Start in der neuen Fraktion.

In diesem Rundbrief findet Ihr Infos zu folgenden Themen

1. Umsetzung von Hartz IV durch die Kommunen – Veranstaltung der Böll-Stiftung
2. GAR-Seminare für neu Gewählte, Seminare des Gemeindetages
3. Der Griff der Landesregierung in die Taschen der Kommunen
4. Umsetzung der Verwaltungsreform in den Kommunen, Umfrage der Landtagsfraktion
5. Einladung zur GAR-Jahreshauptversammlung
6. Buch – und Lesetipps der GAR
7. Ankündigung von zwei Kongressen

1. Umsetzung von Hartz IV durch die Kommunen

Ein Blick ins Land zeigt: Hartz IV ist nicht nur politisch sehr umstritten, sondern die Umsetzung wirft täglich neue Fragen auf. Vieles ist ungeklärt. Die Stadt- und Landkreise gehen offensichtlich sehr unterschiedlich mit der neuen Aufgabe um. Von der Möglichkeit der Option machen definitiv nur 5 baden-württembergische Landkreise Gebrauch. Als einziger Stadtkreis ist Mannheim noch am Überlegen. Etliche Stadt- und Landkreise warten ab und haben noch keinerlei Aktivitäten in Sachen Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit gestartet. Andernorts gibt es schon fortgeschrittene Verhandlungsergebnisse auf dem Weg zu einem Kooperationsvertrag. Während das Thema da und dort den Kreistag/Gemeinderat schon beschäftigt hat, stand das Thema in vielen Stadt- und Landkreisen noch nicht auf der Tagesordnung. Im Interesse der künftigen BezieherInnen des neuen ALGII ist es wichtig, dass die örtlichen Agenturen für Arbeit und die Städte und Kreise jetzt nach Wegen suchen, wie die kommunalen Erfahrungen bei der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen Eingang in die neuen Kooperationsmodelle finden. Zudem geht es darum, die zahlreichen kommunalen und freigemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften und andere Träger in die Kooperation einzubeziehen. Sonst stehen diese vor dem Aus. Aus den Landkreisen Tübingen und Rems-Murr gibt es Verwaltungsvorlagen, die Wege in sinnvolle und effiziente Kooperationsstrukturen aufzeigen. Die Vorlagen stehen auf der GAR-Internetseite unter Themen und Anträge/Soziales oder sind im GAR-Büro erhältlich.

Unsere Bitte an Euch in den 9 Stadt – und 35 Landkreisen lautet:

Informiert die GAR über die bei Euch laufenden Aktivitäten, über die Umsetzung der Optionslösung ebenso wie über Pläne und Ergebnisse bei der Bildung von Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommune/Kreis und den Arbeitsagenturen! Wir werden dazu einen landesweiten Überblick erstellen, u .a. auf der GAR-Internetseite. Die Infos werden damit Euch allen wieder zugute kommen! Vielen Dank im Voraus für Eure Bemühungen.

Wichtiger Hinweis: Die Heinrich Böll Stiftung veranstaltet am 9. 10. 2004 ein ganztägiges Seminar über die Umsetzung von Hartz IV in Baden-Württemberg. Die Einladung findet Ihr anbei. Wichtige AkteurInnen der Arbeitsmarktreform berichten und diskutieren mit Interessierten über die Reform, über Mängel, nötige Veränderungen, über Chancen und Perspektiven. Die GAR ist aktiv an diesem Seminar beteiligt. Es ist übrigens landesweit die einzige Fachveranstaltung, die sich in diesem Herbst sehr konkret mit der Umsetzung von Hartz IV beschäftigt. Alle Interessierten sollten sich anmelden!

2. Seminare für neu Gewählte

Die GAR bietet im Herbst drei Seminare an:

16.10.04 Kommunalpolitik kompakt – das 1x1 der Gemeindeordnung,
von 10:30 bis 15:30 Uhr, Referentin Sabine Schlager

13.11.04. Der kommunale Haushalt – kein Buch mit sieben Siegeln,
von 11:00 bis 16:00 Uhr; Referentin: Sabine Schlager

27.11.04. Bauleitplanung in der Kommune

von 10:30 bis 15:30 Uhr; ReferentInnen: Claudia Patzwahl, Rüdiger Krisch (Architekt, Stadtplaner)

Die Seminare finden jeweils samstags im Stuttgarter Landtag, im Hebelsaal statt. Die Teilnahmegebühr beträgt für Mitglieder 15 und für Nichtmitglieder 30 €.

Ein weiteres Seminar folgt im Januar 2005:

22.1.05 Neu als Grüne/r im Amt – ein Check-up nach dem ersten halben Jahr,
Referentinnen: Regine Keuerleber, Margarete Goth von oe-team.

Teilnahmegebühr 20 € (Nichtmitglieder 35 €).

Außerdem veranstaltet der Gemeindetag in jedem Landkreis drei Einführungsseminare. Eure Kommunalverwaltung weiß, wann und wo die Seminare in Eurer Region angeboten werden. Die Termine stehen auch auf der GAR-Internetseite oder können im GAR-Büro erfragt werden.

3. Die Landesregierung will erneut in die kommunalen Töpfe langen!

Die baden-württembergische Landesregierung hat kurz vor der Sommerpause massive Eingriffe in den Kommunalen Finanzausgleich für das Jahr 2005 angekündigt. Zur Konsolidierung des Landeshaushaltes sind inzwischen Kürzungen für die Kommunen im Land in einer Größenordnung von 500 – 650 Mio. Euro in der Debatte. Kommt es dazu, werden nicht nur die erfreulichen Mehreinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer in den ersten beiden Quartalen 2004 zunichte gemacht. Unsere Kommunen werden erneut kräftig bluten. In Baden-Württemberg betragen die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer 84,363 Millionen Euro im ersten Quartal gegenüber 2003 = Steigerung um 9,5 Prozent gegenüber 2003. Die aktualisierte Prognose für 2004 geht von einer Steigerung der Gewerbesteuer-Einnahmen in Höhe von 320 Millionen Euro für Baden-Württemberg aus. Dieser klare Erfolg unserer Hartnäckigkeit beim Kampf um eine Gemeindefinanzreform im letzten Jahr steht nun schon wieder auf der Kippe. Ministerpräsident Teufel scheut dabei nicht einmal den glatten Wortbruch: Hatte die Landesregierung noch im Juni 2004 im Vermittlungsausschuss beim Hartz IV-Kompromiss (wie alle CDU-Länder) zugesagt, die Wohngeldeinsparungen, die Hartz IV auf Seiten des Landes bringt, voll an die Kommunen weiter zu reichen, heißt es jetzt: Das Land

will 132 Mio. Euro davon behalten. Damit wird in Baden-Württemberg die vereinbarte Geschäftsgrundlage zur deutlichen Entlastung der Kommunen durch die Arbeitsmarktreformen aufgekündigt.

Damit nicht genug. Die Landesregierung plant auch, weitere Töpfe des sog. Finanzausgleichs, von der sog. „Spitzabrechnung“, über den Kommunalen Investitionsfonds bis hin zum „Ausgleichsstock“ deutlich zu kürzen. Die Folgen wären absehbar: Statt der dringend erforderlichen finanziellen Erholung und Konsolidierung der kommunalen Haushalte werden weitere Einschnitte, Kürzungen, Schließungen, Neuverschuldungen unvermeidbar. Die Pläne der Landesregierung sind aus buchstäblich existentiellen Gründen für die Kommunen nicht hinnehmbar. Die Kommunalen Spitzenverbände führen dabei Klage über den Stil der Landesregierung. Früher hat man mit den Spitzenverbänden über solche Vorhaben verhandelt; heute werden die Kürzungspläne nur noch „verkündet“.....

Bei der Lage bleibt uns Kommunalis erneut nur der Griff zum Protest. Das Thema muss unbedingt in diesem Spätsommer Thema in den örtlichen Räten im ganzen Land werden: Protestbriefe, Resolutionen, das Sichtbarmachen der breiten Ablehnung erneuter Eingriffe in die Kommunalfinanzen ist die richtige Antwort auf die Stuttgarter Pläne.

Die GAR wird Euch dabei wie bisher unterstützend zur Seite stehen. Weitere und detaillierte Informationen stellen wir Euch auf Wunsch gerne zur Verfügung.

Uli Sckerl, GAR-Vorsitzender

4. Umsetzung der Verwaltungsreform in den Stadt- und Landkreisen

Umfrage der Grünen Landtagsfraktion:

Im nächsten Jahr steigt die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Stadt- und Landkreisen beträchtlich. Bis zu 30% Personalzuwachs bedeutet die Verwaltungsreform im Konkreten. Die Grüne Landtagsfraktion will die Auswirkungen kritisch begleiten und bittet Euch deshalb, einige Fragen zu beantworten. „Es sieht so aus, als würde die Verwaltungsreform von einigen Kreisen dazu benutzt, neue Landratsämter zu bauen (Bodenseekreis weiß ich) oder kräftig zu erweitern, weil die Fachbehörden eingegliedert werden sollen. Gleichzeitig werden die alten Landratsämter leer stehen, weil in der momentanen Lage so etwas nicht zu vermieten ist. Leerstehen werden aber auch die bisherigen Gebäude der Fachbehörden, die dem Land gehören, soweit sie nicht verkäuflich sind. Hier ist die Situation regional sehr verschieden. Weiterhin zahlt das Land den Kreisen einen jährlichen Ausgleich für die Unterbringung der Fachbehörden von 40 Mio €. Ich denke, da. läuft etwas ab, was am Ende keine Einsparungen bringt, sondern eher zusätzliche Belastungen. Deshalb die Fragen an alle Kommunalos der Kreise und kreisfreien Städte:

1. Sind im Kreis Neubauten oder Erweiterungen für die Kreisverwaltung im Zuge der Verwaltungsreform geplant?
2. Wenn ja, in welchem Umfang (Investitionssumme)?
3. Wenn nein, wie werden die dem Kreis zugegliederten Fachbehörden untergebracht?
4. Sonstige Anmerkungen zu den durch die Verwaltungsreform geplanten Einsparungen bei den Landkreisen“

Bitte meldet Euch im GAR-Büro, wir leiten die Informationen dann weiter.

Zur grundsätzlichen Kritik an der Verwaltungsreform verweise ich noch einmal auf die Broschüre der Grünen Landtagsfraktion (im GAR-Büro erhältlich) und auf die GAR-Internetseite unter Aktuell.

5. Einladung zur GAR-Jahreshauptversammlung

Am Samstag, den 13.11.2004 findet in Stuttgart die diesjährige GAR-Jahreshauptversammlung statt: Im Landtag, im Hebelsaal, um 9:30 Uhr (anschließend findet das GAR-Seminar zum Haushalt statt). Wir ziehen dort Bilanz über die Arbeit der zurückliegenden eineinhalb Jahre – wir planen die Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr, wir hören die Rechenschaftsberichte von Geschäftsführung, Vorstand und Kassier. Der GAR-Haushalt steht zur Verabschiedung an. Wenn Ihr weitere Themenwünsche habt, lasst es mich wissen.

6. Buch- und Lesetipps der GAR

Taschenbuch Baden-Württemberg - Gesetze, Daten, Analysen

Herausgeber: Landeszentrale für politische Bildung (enthält Gemeindeordnung, Landkreisordnung)

Bezugsadresse: Landeszentrale für politische Bildung, Stafflenbergstr. 38, 70184 Stuttgart; Tel: 0711/164099-0 Fax: 0711/164099-77 E-Mail: lpb@lpb.bwue.de oder in Internetshop

unter <http://www.lpb.bwue.de>

Preis: 2,50 €

KOMMUNAL POLITIK MACHEN,

Grundlagen, Hilfen, Tipps für die Praxis (das neue AKP- Handbuch)

Herausgeber: Rita A. Herrmann, Gerald Munier

Bezugsadresse: AKP e.V. Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Tel. 0521/177517, Fax: 0521/177568; E-Mail: akp@akp-redaktion.de Internet: akp-redaktion.de

Buchhandel: ISBN 3-9803641-4-3; Preis: 10 € ,174 Seiten

Ratsarbeit besser machen – ein Handbuch für kommunale Mandatsträger, sachkundige Bürger und Verwaltungschefs

Herausgeber: Marga Pröhl, Andreas Osner; Verlag Bertelsmann Stiftung

Bezugsadresse: Buchhandel ISBN 3-89204-686-7

Preis: 15 €; 168 Seiten

Kommunale Politik in Europa - Über Selbstverwaltung und grüne Politik in den europäischen Kommunen

Herausgeber: Heinrich-Böll-Stiftung, Verlag: Böll-Stiftung, Berlin

Bezugsadresse: Online-Buchladen der Boell-Stiftung : <http://www2.txt.de/cgi-bin/WebObjects/TXTSVBoellstiftung.woa/wa/startWithArt>

Buchhandel: ISBN 3-927760-47-1

Preis: 6 €; 144 Seiten

Landesrecht Baden-Württemberg, Ausgabe 2004/2005

(Umfassende Sammlung der aktuellen Landesgesetze mit kommunalem Bezug)

Herausgeber: Dolde/Kirchhoff/Stilz;

Bezugsadresse: Nemos Verlagsgesellschaft Baden-Baden; ISBN 3-8329-0398-4

Übrigens: Titel zu einzelnen Fachbereichen (von A wie Abfall bis Z wie Zuwanderung) empfiehlt die GAR auf Nachfrage gern.

Die neue AKP ist erschienen: AKP 5/2004: Verkehrspolitik

Wer sie nicht ohnehin schon abonniert hat, kann sie jetzt bestellen: Am 8. September erscheint die neueste Ausgabe der Fachzeitschrift "Alternative Kommunalpolitik"! Schwerpunktthema ist die Verkehrspolitik mit Beiträgen zum ÖPNV-Wettbewerb, Fahrradverkehr und vielem mehr. Außerdem beinhaltet das Heft Artikel über Schulschwänzer, Business Improvement Districts (BIDs) und etliche Kommunalwahlanalysen (z.B. eine von Uli Sckerl). Mehr Infos gibt es im Inhaltsverzeichnis auf der AKP-Homepage: www.akp-redaktion.de. Ein AKP-Exemplar kostet 8 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, akp@akp-redaktion.de

7. Ankündigung von zwei Kongressen

"Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung!"

IX. Bundeskonferenz für Kommunen und Initiativen vom 18. bis 20. November 2004 in Magdeburg.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der InWent gGmbH führt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Land Sachsen-Anhalt die IX. Bundeskonferenz für Kommunen und Initiativen durch. Erstmals wird diese in einem neuen Bundesland stattfinden.

Ziel dieser bundesweiten Konferenz ist es, Kommunen als Akteure der internationalen Zusammenarbeit zu stärken. Kommunen und Nichtregierungsorganisationen sollen miteinander ins Gespräch gebracht, Kooperation zwischen den einzelnen Akteuren forciert und im Spannungsfeld von EU-Osterweiterung, Globalisierung, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen Möglichkeiten und Aufgaben zur konkreten Umsetzung kommunaler Eine-Welt-Arbeit aufgezeigt werden. Mit internationalen Gästen sollen aktuelle Fragestellungen zu kommunalen Partnerschaften und interkulturellem Lernen,

- zu fairem Beschaffungswesen und nachhaltigen Konsummustern,
- zu Klimaschutzkonzepten und erneuerbaren Energien,
- zu Migration und interkulturellem Zusammenleben,
- zu entwicklungspolitischen Beiträgen osteuropäischer Länder sowie
- zu nachhaltiger Stadtentwicklung diskutiert

und richtungsweisende Empfehlungen für Kommunen und die Politik erarbeitet und zum Abschluss der Konferenz verabschiedet werden.

Über die Homepage der Servicestelle können Sie sich aktuell über den Stand der Konferenz unterrichten. Kontakt: Michael Marwede, michael.marwede@inwent.org, 0228/2434-632, Claudia Maurer, claudia.maurer@inwent.org, 0228/2434-657, www.service-eine-welt.de/anzeige.php?seite=bundeskongress .

Fachkongress nachhaltige Stadtteilentwicklung

mit den beiden neuen Stadtteilen Rieselfeld und Vauban hat die Stadt Freiburg neue Wege für eine moderne Stadtteilentwicklung beschritten und gezeigt, dass es auch heute noch möglich ist, ökologische, städtebauliche und architektonische Zielsetzungen wirtschaftlich und sozial miteinander zu vereinen.

Warum das Beispiel der Freiburger Städteplaner auch bundesweit Beachtung findet und vor allem, wie auch andere Kommunen hiervon profitieren können, steht im Mittelpunkt des Fachkongresses "Nachhaltige Stadtteilentwicklung -das Erfolgskonzept der Stadt Freiburg im Breisgau" **am 19. und 20. Oktober 2004 im Konzerthaus Freiburg.**

Weitere Informationen erhalten Sie bei: Valesca Goetz, Innovation Congress GmbH, Brohler Str. 13, 50968 Köln; Telefon: 0221/934741-12; Fax: 0221/934741-20; E-Mail: vg@innovation-congress.de; Internet: www.innovation-congress.de